

A4 Kein Bock mehr auf rassistisch-populistische Scheindebatten! Konto statt Bezahlkarte.

Gremium: Thomas Schaefer (Erfurt), Lina Kornmüller (Jena)
Beschlussdatum: 10.04.2024
Tagesordnungspunkt: 8. sonstige Anträge

Antragstext

1 Kein Bock mehr auf rassistisch-populistische Scheindebatten! Konto statt
2 Bezahlkarte.

3 In Deutschland wird seit Wochen über die sogenannte Bezahlkarte für Geflüchtete
4 diskutiert, mittlerweile gibt es sogar einen Kabinettsbeschluss zur Änderung des
5 Asylbewerberleistungsgesetzes, dass die Einführung von Bezahlkarten durch die
6 Länder ermöglichen, bzw. erleichtern soll. Angeblich soll diese Bezahlkarte
7 Verwaltungen entlasten, unter anderem bei der Auszahlung von Bargeld.

8 Was sie aber momentan vor allem macht ist, dass sie Geflüchtete diskriminiert.
9 Denn sie schränkt sie ein bei der Frage wo sie einkaufen gehen können und ob und
10 wieviel Bargeld sie abheben dürfen. Sie werden schlicht finanziell Entmündigt.

11 Je nach Form der Bezahlkarte werden zum Teil bestimmte Gebiete nach Postleitzahl
12 festgelegt, in welchen bezahlt werden kann. Auf diese Weise wird praktisch die
13 Residenzpflicht durch die Hintertür wieder eingeführt. Geflüchtete werden durch
14 ihre Möglichkeit zu bezahlen an einen Ort gebunden und in ihrer Freizügigkeit
15 eingeschränkt.

16 Die Umsetzung einer Bezahlkarte führt in der Realität nicht zu einer
17 tatsächlichen Entlastung für die Verwaltungen, denn diese müssen kompliziert
18 festlegen wo Geflüchtete einkaufen dürfen, was sie einkaufen dürfen und wie viel
19 und ob Bargeld abgehoben werden darf. Zusätzlich kommt die Überwachung dieses
20 Systems. Außerdem hat die Bezahlkarte ganz praktische Probleme. Eine
21 Bezahlkarte, die Bargeldabhebung nicht erlaubt oder beschränkt ist
22 beispielsweise auch für

23 Schüler*innen problematisch, da manche Schulausgabe wie Mittagessen nur Bar
24 gezahlt werden können.

25 Neben der vorgeschobenen Erklärung der Entlastung von Verwaltungen wird hin- und
26 wieder auch die etwas ehrlichere Version ausgepackt: Migration solle begrenzt
27 werden.

28 Bargeldüberweisungen würden demnach sogenannte "Pull-Faktoren" darstellen und
29 dazu führen, dass Menschen nach Deutschland flüchten. Die Existenz von Pull-
30 Faktoren ist eine lange sozialwissenschaftlich widerlegte Theorie. Noch Anfang
31 dieser Woche (08.04.2024) wiesen selbst die geladenen Sachverständigen in einer
32 Anhörung im Bundestag zum Themenkomplex diese Theorie entschieden als veraltet
33 zurück.

34 "Menschen fliehen vor Krisen, Krieg, Hunger (aufgrund von Naturkatastrophen)
35 oder Verfolgung, allen voran aus Syrien, Afghanistan oder der Türkei. Wenn in
36 Deutschland Sozialleistungen gekürzt werden, hat das keinerlei Einfluss auf die
37 Fluchtentscheidungen der Menschen. Zudem werden Geflüchtete durch diese Form der
38 Bevormundung als Minderheit öffentlich stigmatisiert und in ihrer Menschenwürde
39 verletzt." (ProAsyl)

40 Auch das Argument die Bezahlkarte sei notwendig um Auslandsüberweisungen oder
41 die Zahlung von Schlepper*innen zu verhindern geht an der Realität vorbei. Die
42 Leistungen nach Asylbewerberleistungsgesetz liegen noch unter dem
43 Existenzminimum des Hartz-4/Bürgergeldsystems. Zahlungen dieser Art existieren
44 wenn überhaupt erst, wenn durch ein eigenes Einkommen Geld zur Verfügung steht.
45 Zudem sind sie Resultat gescheiterter internationaler und europäischer Politik.
46 Schleuser*innen existieren, weil es keine legalen Wege der Flucht oder
47 Einwanderung gibt. Die weitere rassistische Kriminalisierung von Flucht und
48 Migration, verhindert diese nicht sondern führt zu mehr Toten, mehr Leid und zu
49 dem was sie vorgibt zu verhindern: halbrecherischen und ausbeuterischen
50 Schleusungs-Systemen, unter denen die Geflüchteten selbst am meisten leiden.

51 Das Europäische System der Kriminalisierung von Flucht und Migration ist ein
52 tiefes moralisches Versagen und die Ignoranz historischer Verantwortung durch
53 koloniale und neo-kolonialer Ausbeutung und Destabilisierung.

54 Die Bezahlkarte ist aus unserer Sicht vor allem darauf ausgelegt Geflüchte zu
55 diskriminieren. Im Zweifel hört es dabei aber nicht auf. Mit der Bezahlkarte
56 wird zudem ein System für Sozialleistungen etabliert und getestet. Dieses System
57 kann auf andere Bereiche, beispielsweise die Abgabe des Bürger*innengeld oder
58 anderer Sozialleistungen ausgeweitet werden. Wir lehnen das fundamental ab.

59 Die Bundesregierung hat Anfang März einen Beschluss zur Änderung des
60 Asylbewerberleistungsgesetzes getroffen, der die Umsetzung von Bezahlkarten auf
61 Länderebene rechtssicher ermöglichen soll. Das Verfahren ist dabei ziemlich
62 intransparent. Der Beschluss im Bundestag erfolgt über einen Änderungsantrag an
63 ein schon laufendes Gesetzgebungsverfahren. Lange waren nur Informationen über
64 Presseverlautbarungen zugänglich, nach diesen soll die Bezahlkarte im
65 Wesentlichen wie eine normale Geldkarte funktionieren, zugleich aber
66 Überweisungen ins Ausland ausschließen und den Bezug von Bargeld beschränken.
67 Außerdem sollen die Leistungsbehörden selbst entscheiden können, wieviel Bargeld
68 die Karteninhaber innerhalb eines bestimmten Zeitraums abheben können. Damit
69 bleibt offen, ob die Leistungsbehörden das Abheben von Bargeld ganz verbieten
70 können.

71 Das Gesetz ist dabei neben den direkten Effekten womöglich ein trojanisches
72 Pferd.

73 Neben den Regelungen zur Bezahlkarte, die öffentlich diskutiert werden, wird in
74 der Formulierungshilfe für den Änderungsantrag der Vorrang von Geldleistungen
75 gegenüber Sachleistungen abgeschafft. Das könnte noch viel umfangreichere
76 Einschränkungen für Asylbewerber*innen nach sich ziehen und je nach Umsetzung in
77 den Ländern in einer marktwirtschaftlichen Gesellschaft wie unserer, große Teile
78 ihrer Selbstbestimmung praktisch abschaffen.

79 Wir wollen keine diskriminierenden Bezahlkarten. Für die Entlastung von Behörden
80 unter Wahrung der finanziellen Selbstbestimmung gibt es eine ganz einfache
81 Lösung. Diese Lösung heißt Basiskonto.

82 Wir fordern deshalb kostenlose Basiskonten für Geflüchtete anstelle von
83 Bezahlkarten einzurichten. Das Zahlungskontengesetz (ZKG) nennt als Berechtigte
84 für ein Basiskonto ausdrücklich auch Asylsuchende und Geduldete (§2 Abs. 1 S. 1
85 und 2 sowie §3 ZKG). Jedes Kreditinstitut, das grundsätzlich Zahlungskonten für
86 Verbraucher:innen anbietet, ist daher auch verpflichtet, ein Basiskonto für

- 87 Geflüchtete einzurichten. Dies entlastet sowohl die Verwaltung und gibt
88 Geflüchteten die Möglichkeit ohne Einschränkungen zu leben und fördert die
89 finanzielle Selbstbestimmung.
- 90 Der Beschluss einer Bezahlkarte, wie mit dem Gesetzentwurf auf Bundesebene
91 vorgesehen, bleibt auch unter grüner Regierungsbeteiligung falsch und ganz
92 fundamental abzulehnen.
- 93 Rechte Parteien werden nicht geschwächt, indem ihre rassistische Politik für sie
94 gemacht wird. Gesellschaftliche Stimmungen werden nicht verändert, indem sie
95 bedient werden. Soziale Gerechtigkeit gibt es nicht auf Kosten anderer
96 marginalisierter Gruppen.
- 97 Als GRÜNE JUGEND kämpfen wir weiterhin für eine gerechte Welt und damit gegen
98 Bezahlkarten, gegen den Zwang zu Sachleistungen, gegen Abschiebephantasien,
99 gegen Zwangsarbeit in Geflüchtetenunterkünften und menschenunwürdige
100 Unterbringung, gegen das Sterben im Mittelmeer, gegen Rassismus und gegen
101 Grenzen!

Begründung

Im Antragstext